

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 10

48. Jahrgang

Oktober 1994

*Gott will mit Aufmerksamkeit und Hingabe
in allen Situationen gesucht werden.*

Joachim Wanke

Prioritäten setzen

Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen kirchlicher Einflußnahme auf die Politik ist zur Zeit verschiedenenorts virulent. In *Deutschland* geriet vor einigen Wochen der durch eine Indiskretion veröffentlichte Entwurf eines Gemeinsamen Wortes der katholischen und evangelischen Kirche zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Strudel des Bundestagswahlkampfes. In *Italien* sorgten etwa zur gleichen Zeit Äußerungen der katholischen Parlamentspräsidentin *Irene Pivetti* über Glaube und Politik für Aufregung und gaben der ohnehin schon intensiven Debatte über die künftige politische Präsenz der Katholiken zusätzliche Nahrung. Vor und während der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo (vgl. ds. Heft, S. 494) bemühte sich der Heilige Stuhl mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln darum, das Abschlußdokument der Konferenz in seinem Sinn zu gestalten.

Als einheitlich strukturierte und mit einem universalkirchlichen Amt der Einheit versehene Glaubensgemeinschaft ist die katholische Kirche dazu in der Lage, sich mit weltweitem Anspruch in politisch-sozialen Grundsatzfragen zu Wort zu melden, sei es in päpstlichen Lehrschreiben oder durch diplomatische Aktionen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich das Beziehungsgeflecht von Kirche und Politik in der einen Weltkirche je nach Region oder Land zum Teil recht unterschiedlich darstellt.

Man denke nur an manche Länder der *Dritten Welt* einerseits, wo die Kirche oft als einzige intakte Großinstitution gegenüber korrupten und vom Klientelwesen geprägten Staatswesen die Respektierung der Menschenrechte und notwendige Reformen einklagt oder an das *postkommunistische Europa* andererseits: Dort muß sich nach Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft und der damit verbunde-

nen Unterdrückung bzw. Beschränkung der Kirche und vor allem ihres Öffentlichkeitsauftrags das Verhältnis zwischen Kirche und Politik erst wieder neu einspielen, wobei derzeit noch vieles im Fluß ist.

Die Kirche hat viel mit sich selber zu tun

Wieder anders stehen die Dinge in der Westhälfte unseres Kontinents mit ihrer Tradition des demokratischen Rechtsstaats und des politischen Pluralismus. So sind Italien und Deutschland jeweils Länder mit einer großen Tradition des *politischen Katholizismus*, die in die Zeit der Entstehung des italienischen und deutschen Einheitsstaats im letzten Jahrhundert zurückreicht. Südlich der Alpen müssen jetzt im Blick auf die Beteiligung der Katholiken am politischen Leben die Karten völlig neu gemischt werden, nachdem die dramatische Entwicklung der letzten Jahre den Christdemokraten in ihrer bisherigen Formation den Garaus gemacht hat. In Deutschland gab bzw. gibt es keine vergleichsweise markante Zäsur und wird dementsprechend auch nicht so heftig über die Rolle der Katholiken und ihrer Kirche im politischen Leben diskutiert. An Problemen und offenen Fragen auf diesem Feld fehlt es trotzdem nicht, auch wenn sie sich nicht massiv in den Vordergrund drängen.

Als erstes fällt auf, daß die katholische Kirche in der Bundesrepublik zur Zeit sehr viel mit sich selber zu tun hat. Das belegen nicht zuletzt die letzten beiden Katholikentage in Karlsruhe und jetzt in Dresden mit ihrem Schwergewicht auf innerkirchlichen Auseinandersetzungen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Repräsentanz des Laienkatho-

lizismus in Verbänden und Räten, wird in der kirchlichen Öffentlichkeit derzeit vor allem mit seinem Papier über Dialog und Dialogverweigerung in der Kirche in Verbindung gebracht. Auch das geplante Gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage steht (nicht nur, aber doch in einem beträchtlichen Maß) im Zeichen der innerkirchlichen Verständigung über die darin angesprochenen Themen.

Auf *evangelischer* Seite sieht es durchaus ähnlich aus, wenn auch mit etwas anderem Hintergrund und anderen Fragestellungen. Stärker als in der katholischen Kirche machen sich hier Folgeprobleme der kirchlichen Wiedervereinigung bemerkbar, wie vor allem der Streit um die künftige Gestaltung der Militärseelsorge zeigt. In der Kritik am staatskirchenrechtlichen Status quo mischen sich ostdeutsche Vorbehalte gegenüber einer vermeintlich zu staatsnahen und dadurch in ihrem Zeugnis geschwächerten Kirche mit traditionellen Reserven in Teilen des westdeutschen Protestantismus im Blick auf das herkömmliche Staat-Kirche-Verhältnis bzw. dezidierten Vorstellungen über ein glaubwürdiges politisches Engagement der Kirche.

Ob Auseinandersetzung um Dialog und Dialogverweigerung oder Stellvertreterkrieg um die Militärseelsorge – das hohe Maß an innerkirchlicher Selbstbeschäftigung hat nicht nur mit dem internen Problemdruck zu tun, sondern auch damit, daß es zwischen Kirche und Politik in Deutschland derzeit kein hervorstechendes und entsprechend konflikt- und mobilisierungsträchtiges Thema gibt. Das war etwa zur Zeit der Friedensbewegung anders, als erbittert um die Berechtigung nuklearer Abschreckung im allgemeinen und der Nato-Nachrüstung im besonderen gestritten wurde. Die derzeitige Auseinandersetzung um das „Kirchenasyl“ betrifft und beschäftigt demgegenüber vor allem einzelne Kirchengemeinden und Gruppen, auch wenn sich die beiden großen Kirchen zu offiziellen Stellungnahmen genötigt sahen. Die Reform des *Abtreibungsstrafrechts*, seit Jahr und Tag ein heikler Punkt besonders im Verhältnis zwischen politischen Parteien und katholischer Kirche, hat sich inzwischen in Detailfragen verheddert und wird so oder so zu keiner spannungsfreien, in sich konsistenten Lösung führen. Dementsprechend ist in dieser Sache auch das Engagement in den Kirchen unterschiedlich stark ausgeprägt.

Und wie nimmt sich das Verhältnis Kirche – Politik von der anderen, der politischen Seite aus? Was die *Parteien* betrifft: Die CDU hat sich in der Diskussion über ihr neues, Anfang dieses Jahres verabschiedetes Grundsatzprogramm bemüht, die Bedeutung der Kirchen für das gesellschaftliche Wertebewußtsein und die eigene Verwurzelung in christlichem Gedankengut herauszustellen. Aber die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Gewichtungen des „hohen C“ sind damit nicht vom Tisch. Bei den Sozialdemokraten registriert man gern Konvergenzen und Übereinstimmungen zwischen kirchlichen Verlautbarungen zu politisch-sozialen Fragen und eigenen Positionen; aber in der SPD besteht bei der Einschätzung der Kirche bzw. ihrer politischen Rolle eine erhebliche Bandbreite. Die Grünen, die in manchen Seg-

menten des deutschen Protestantismus wie Katholizismus Sympathie genießen, haben unlängst ein Papier mit Forderungen nach einer radikalen Trennung von Staat und Kirche vorgelegt. Insgesamt ist das Verhältnis zur Kirche kein Thema, das im politischen Betrieb besondere Aufmerksamkeit findet oder gar Emotionen freisetzt.

Eine Übergangssituation mit vielen Unbekannten

Alle Indizien sprechen dafür, daß wir uns im Blick auf das Verhältnis von Kirche und Politik nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern vergleichbaren kulturellen und gesellschaftlichen Zuschnitts in einer *Übergangssituation* befinden, wobei noch nicht so recht deutlich ist, wohin der Weg letztlich führt. Das wiederum hängt mit der Unsicherheit darüber zusammen, wie sich die weitere religiös-kirchliche Entwicklung in den westlichen Gesellschaften gestaltet.

Hier häufen sich die nur schwer verlässlich zu beantwortenden Fragen: Wie stark schrumpft in nächster Zeit die Zahl der mit Glauben und Kirche enger verbundenen Christen und welche Sozialformen des kirchlich-christlichen Lebens erweisen sich als zukunftsträchtig? Wie geht es weiter mit der christlichen Tradition als Bestandteil des europäisch-abendländischen Kulturerbes und Ethos? Wird der christliche Gott im europäischen Haus immer mehr zu einem Fremden, an den man sich vielleicht noch vage erinnert, mit dem man aber nicht mehr im Ernst rechnet und dem gegenüber man sich nicht rechenschaftspflichtig sieht? Was geschieht mit den diffusen und vielgestaltigen religiösen Bedürfnissen, Sehnsüchten und Residuen, die vielfach noch vorhanden sind oder sich neu artikulieren? Welche Rolle werden im künftigen Europa die nichtchristlichen Weltreligionen spielen?

Zwischen dem Szenario, dem man im Blick auf die künftige Entwicklung von Religion, Glaube und Kirche in Europa den Vorzug gibt, und der jeweiligen Grundposition beim Blick auf das Verhältnis von Kirche und Politik besteht ein Zusammenhang. Wer davon überzeugt ist, daß die westliche Zivilisation immer stärker Züge einer „Kultur des Todes“ annimmt, immer tiefer im Abgrund einer exzessiv ausgelebten Freiheit versinkt, sieht Möglichkeiten, Schwerpunkte und Stoßrichtung eines kirchlichen Engagements in der Politik anders als derjenige, der aus der Zuversicht lebt, daß die offene und plurale Gesellschaft allen Unkenrufen zum Trotz mit den gewaltigen technisch-wissenschaftlichen, sozialen und ethischen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte fertig werden kann.

Der eine wird die Christen bzw. die Katholiken vorrangig zur Geschlossenheit mahnen und auf Unterscheidbarkeit im politischen Handeln drängen, um so dem drohenden Unheil etwas entgegenzusetzen oder doch wenigstens mit der Hoffnung auf bessere Zeiten überwinteren zu können. Der andere wird eher dazu aufrufen, ohne Identitätsangst aus dem Geist

des Evangeliums heraus die Zusammenarbeit und Verständigung mit allen Menschen guten Willens zu suchen.

Schwieriger werden die Dinge für die Kirche aber auf jeden Fall. Denn je weniger Menschen etwas mit der christlichen Botschaft anfangen können, desto schwerer wird es für die Kirchen, ihren spezifischen Hintergrund und ihre Maßstäbe für Stellungnahmen zu politisch-sozialen Fragen verständlich und plausibel zu machen. Je mehr der Kern der Christen ausdünt, die selbstverständlich im Glauben und im kirchlichen Leben beheimatet sind, desto geringer wird die Chance, daß Männer und Frauen sich politisch betätigen und profilieren, denen ihr Glaube für dieses Engagement als Anstoß und Bezugspunkt wichtig ist. Wenn für immer mehr Menschen Religion vor allem als buntes und beliebiges Konglomerat verschiedenster Traditionsbestände interessant ist oder sich auf die vage Ahnung von etwas Überirdischem beschränkt, verliert im gesellschaftlichen Bewußtsein die für die christlich-abendländische Tradition charakteristische, in sich immer spannungsreiche Zuordnung von Frömmigkeit und Weltverantwortung, von überschwenglicher eschatologischer Hoffnung und nüchternem Wirklichkeitssinn an Gewicht.

Es braucht eine ehrliche Bestandsaufnahme

Angesichts der jetzt schon bestehenden Schwierigkeiten und der unsicheren Perspektiven im Blick auf ihr Verhältnis zum Politischen legt sich für die Kirche als entscheidende Voraussetzung für alle weiteren Überlegungen, Konzeptionen und Aktionen eine *ehrliche Bestandsaufnahme* nahe. Sie muß zunächst jeweils vor Ort geleistet werden, unter Berücksichtigung der historischen und gesellschaftlichen und konfessionell-religiösen Bedingungen in den einzelnen Ländern. In Italien wird sie dementsprechend anders ausfallen als in Deutschland, in Polen anders als in Frankreich, in England anders als in Spanien. Gleichzeitig braucht es aber auch den Austausch sowohl innerhalb der katholischen Kirche auf europäischer Ebene wie zwischen den verschiedenen Kirchen und Konfessionen und schließlich ist auch die universalkirchliche Dimension einzubeziehen.

Eine solche Bestandsaufnahme wird z. B. den faktisch gegebenen *Pluralismus* der politischen Optionen und Akzentsetzungen in ein und derselben Kirche ans Licht bringen, einen Pluralismus, der Appelle zur Wiederherstellung der möglichst einheitlichen oder geschlossenen politischen Präsenz der Katholiken ins Leere laufen läßt. Sie muß sich auch der Frage stellen, inwieweit die bisher üblichen Wege der Begleitung und Beeinflussung politischer Entwicklungen und Entscheidungen durch die Kirche wirksam, in sich konsistent, sachgerecht und glaubwürdig waren. Dazu gehört nicht zuletzt Rechenschaft darüber, was die verschiedenen kirchlichen Organisationen wirklich leisten und bewegen, die primär einen gesellschaftspolitischen Auftrag haben (vgl. ds. Heft, S. 522). Schließlich muß sich der Blick auch auf das gesellschaftliche Umfeld, auf das herrschende geistig-kultu-

relle Klima, auf mögliche nichtkirchliche Gesprächs- und Aktionspartner richten.

Gleich wie eine solche ehrliche Bestandsaufnahme im einzelnen ausfällt: Sie sollte und kann resistent machen gegen Reaktionen auf die gegenwärtige Umbruchsituation im Verhältnis von Kirche und Politik, die zwar verständlich, aber letztlich eher kontraproduktiv sind. Darunter fällt etwa die Versuchung zur Nostalgie, zum sehnächtigen Beschwören früherer Zeiten, in denen klare Verhältnisse im Blick auf den politischen Auftrag der Kirche herrschten, in denen die konfessionell geprägten Parteien florierten, die Weisungen des kirchlichen Lehramtes auf bereitwillige Ohren stießen usw. Es führt aber auch nicht weiter, umfassende Zielvorstellungen für eine neue christliche Prägung der Gesellschaft zu formulieren und zu propagieren (es sei an der Zeit, die Gesellschaft wieder nach dem Willen Gottes zu gestalten, sagte Irene Pivetti in ihrem spektakulären Vortrag in Rimini), die bei den einen vor allem Mißverständnisse provozieren und bei den anderen Erwartungen wecken, die nicht einzulösen sind.

Entscheidend für die weitere Entwicklung dürfte sein, daß man sich über die *Prioritäten* im Blick auf die politische Wirksamkeit klar ist. Die Kirche darf zum einen um keinen Preis darauf verzichten, Anwalt der *Menschenwürde* und der *Menschenrechte* zu bleiben. Das gilt auf nationaler und regionaler ebenso wie auf international-weltkirchlicher Ebene. Das Zeugnis für die Unverfügbarkeit des Menschen gegenüber allen Tendenzen, ihn in Funktionen, Bedürfnissen und Kalkülen aufgehen zu lassen, ist die wichtigste Aufgabe der christlichen Verkündigung und des christlichen Handelns in dem und für das politische Gemeinwesen.

Den demokratischen Rechtsstaat mitgestalten

Zum zweiten kann und muß sie mit ihren Mitteln dazu beitragen, daß der demokratische Rechtsstaat als politische Ordnungsform einer freien, pluralistischen und offenen Gesellschaft eine Zukunft hat und aus den gegenwärtigen Krisenerscheinungen gestärkt hervorgeht. Damit ist gerade nicht gemeint, die Kirche müßte die Demokratie gleichsam heiligsprechen oder solle sich den Mund mit der Begründung verbieten lassen, ihre dezidierten und dadurch möglicherweise unbequem-sperrigen Aussagen paßten nicht in ein tolerantes und demokratisches Umfeld. Es geht um etwas anderes: Wir stehen nach einer Formulierung von *Trutz Rendtorff* heute „am Beginn eines neuen Kapitels konstruktiver und zugleich spannungsvoller Beziehung von Religion und liberaler Demokratie“. Für dieses neue Kapitel wird einiges davon abhängen, daß sich die Christen weder in den Schmollwinkel zurückziehen und über die Wunden lamentieren, die ihnen der Säkularisierungsprozeß geschlagen hat, noch die Politik mit überzogenen Forderungen konfrontieren, sondern den demokratischen Rechtsstaat aktiv und kritisch mitgestalten.

Ulrich Ruh